



ÖV-Abonnenten erhalten 15 Zusatztage

Entschädigungen von 100 Millionen Franken beschlossen
HELMUT STALDER

Die Branche des öffentlichen Verkehrs stecke in einer schwierigen finanziellen Situation, sagte Bernard Guillelmon, Präsident der Branchenorganisation Alliance Swisspass, in der 250 Transportunternehmen und 17 Verkehrsverbünde zusammengeschlossen sind. Trotzdem habe sie entschieden, ihre treuesten Kundinnen und Kunden zu entschädigen.

Inhabern von General-, Verbund-, Strecken- und Moduljahresabonnements werden pauschal 15 Tage gutgeschrieben. Bei den Generalabonnements werden diese Kulanztage bei der Erneuerung angerechnet. Dies komme zur regulären Möglichkeit hinzu, das GA kostenlos 30 Tage zu hinterlegen, erläuterte Alliance-Swisspass-Geschäftsführer Helmut Eichhorn. Von der Hinterlegungsmöglichkeit hätten bisher rund 150 000 GA-Inhaber Gebrauch gemacht, 15-mal mehr als im ganzen Vorjahr, was erhebliche Ertragsausfälle bedeute. Bei den Verbund-, Strecken- und Moduljahresabonnements würden die 15 Kulanztage am Ende der Laufzeit angehängt. Auch bei den Verbund-, Strecken- und Modulabonnements mit monatlicher Laufzeit gibt es eine Entschädigung. Sie beträgt je nach Verbund und Produkt 15 Franken oder 15 Prozent des Abo-Preises. Nicht entschädigt werden Halbtaxabos, weil diese meist nach kurzer Zeit amortisiert seien.

Erst am Ende der Krise

Allerdings müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein: Das GA muss ab dem 17. März 2020 bis zum noch unbekanntem Ende der ausserordentlichen Lage gültig sein. Verbund-, Strecken- und Modul-Abos mit jährlicher Laufzeit müssen am letzten Tag noch gültig sein. Entschädigt werden also jene, die über

die ganze Dauer ÖV-Kunden geblieben sind. Leer könne man ausgehen, wenn das Abo kurz vor dem Ende der ausserordentlichen Lage ablaufe, räumte Guillelmon ein. Vermeidbar sei dies aber mit einer Aboverlängerung.

Um Entschädigungen zu erhalten, müssten die Abonnenten nichts unternehmen, auch nicht beim Kontaktcenter anrufen oder an den Schalter kommen. Vielmehr würden die Verkehrsunternehmen und Verbünde sie «zu gegebener Zeit» anschreiben. Wann dies ist, hängt von der Dauer der ausserordentlichen Lage ab. Die Entschädigungsübung werde nach deren Beendigung entsprechend rückwirkend abgewickelt.

Bund soll Geisterzüge zahlen

Die Entschädigungen machen laut Guillelmon 100 Millionen Franken aus und betreffen zu zwei Dritteln den nationalen Verkehr, zu einem Drittel die Verbünde. Dieser Umfang sei «gerade noch verkraftbar». Ungeklärt seien hingegen die finanziellen Folgen der Krise und deren Abfederung. «Gegenwärtig herrscht die skurrile Situation, dass wir eine Grundversorgung sicherstellen müssen, die Kunden aber gleichzeitig dazu aufgerufen werden, den ÖV zu meiden», sagte er. Die Nachfrage sei um rund 80 Prozent eingebrochen, auf gewissen Strecken seien Züge und Busse praktisch leer unterwegs. 70 bis 80 Prozent aller Bahnen und Busse verkehrten auf Geheiss von Bund und Kantonen aber weiterhin, so dass die Fixkosten hoch blieben. Den Transportunternehmen entgingen jeden Monat Einnahmen von rund 500 Millionen Franken, und zwar im Fern-, Regional-, Orts- und Tourismusverkehr sowie bei der Schifffahrt.

Alliance Swisspass und der Verband des öffentlichen Verkehrs wandten sich deshalb ans Verkehrsdepartement. Inzwischen laufen mit dem Bund und den Kantonen Gespräche zur Finanzierung der Ertragsverluste und der Fixkosten. «Wir erwarten, dass der Bund den öffentlichen Verkehr in dieser Krise mit ausserordentlichen Beiträgen unterstützt», sagte Guillelmon.